



SPD-Fraktion • CDU-Fraktion • Rathaus • 45655 Recklinghausen

Bürgermeister  
Axel Tschersich

im Hause

**SPD-FRAKTION**  
**IM RAT DER STADT RECKLINGHAUSEN**  
Rathaus • Raum: 1.17 – 1.20

**CDU-FRAKTION**  
**IM RAT DER STADT RECKLINGHAUSEN**  
Rathaus • Raum: 1.09 – 1.11

Recklinghausen, 15.12.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tschersich,

namens der Fraktionen von SPD und CDU bitten wir Sie, den nachfolgenden Ergänzungsantrag mit in die Beratungen zum Tagesordnungspunkt 4.5 öffentl. Teil der Ratssitzung am 15.12.2025 aufzunehmen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. zu prüfen, ob und in welchem Umfang Betroffene in Ausnahmefällen von der Eigenbeteiligung an Rettungsdienstgebühren befreit werden können, sofern ein Härtefall vorliegt. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt den Begriff „Härtefall“ zu definieren und dem Rat vorzulegen.
2. über die Kommunalen Spitzenverbände darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Lücken im Sozialgesetzbuch und im Rettungsgesetz NRW zeitnah geschlossen werden, um die Kommunen von der aktuellen Zwangslage zu befreien.

Begründung:

Aktuell weigern sich die Krankenkassen wesentliche Teile der Rettungsdienstkosten anzuerkennen. Künftig sollen nur noch Festbeträge bezahlt werden, was zu einer Unterdeckung der Gebühreneinnahmen führen wird. Die Stadt muss aber per Gesetz kostendeckend kalkulieren. In der Konsequenz bleibt nach aktueller Rechtslage den Städten nichts anderes übrig, als die Differenz von den Patientinnen und Patienten einzufordern.

Die derzeitige Situation führt zu einer erheblichen Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern, die schnellstens beseitigt werden muss. Niemand darf Angst davor haben bei akuten medizinischen Notfällen den Rettungsdienst zu alarmieren, weil eine erhebliche finanzielle Eigenbeteiligung droht.

Wer Krankenkassenbeiträge zahlt, muss auch künftig darauf vertrauen können, im Notfall ohne finanzielle Mehrbelastung medizinisch versorgt zu werden.

Solange die Situation unklar ist, bedarf es für Härtefälle eine besondere Regelung.

Mit freundlichen Grüßen

**Frank Cerny**

SPD-Fraktionsvorsitzender

**Martin Miezal**

CDU-Fraktionsvorsitzender



SPD-Fraktion • CDU-Fraktion • Rathaus • 45655 Recklinghausen

Bürgermeister  
Axel Tschersich

im Hause

**SPD-FRAKTION**  
**IM RAT DER STADT RECKLINGHAUSEN**  
Rathaus • Raum: 1.17 – 1.20

**CDU-FRAKTION**  
**IM RAT DER STADT RECKLINGHAUSEN**  
Rathaus • Raum: 1.09 – 1.11

Recklinghausen, 15.12.2025

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Tschersich,

namens der Fraktionen von SPD und CDU bitten wir Sie, den nachfolgenden Ergänzungsantrag mit in die Beratungen zum Tagesordnungspunkt 4.5 öffentl. Teil der Ratssitzung am 15.12.2025 aufzunehmen.

Der Rat beauftragt die Verwaltung,

1. zu prüfen, ob und in welchem Umfang Betroffene in Ausnahmefällen von der Eigenbeteiligung an Rettungsdienstgebühren befreit werden können, sofern ein Härtefall vorliegt. In diesem Zusammenhang wird die Verwaltung beauftragt den Begriff „Härtefall“ zu definieren und dem Rat vorzulegen.
2. über die Kommunalen Spitzenverbände darauf hinzuwirken, dass die bestehenden Lücken im Sozialgesetzbuch und im Rettungsgesetz NRW zeitnah geschlossen werden, um die Kommunen von der aktuellen Zwangslage zu befreien.

Begründung:

Aktuell weigern sich die Krankenkassen wesentliche Teile der Rettungsdienstkosten anzuerkennen. Künftig sollen nur noch Festbeträge bezahlt werden, was zu einer Unterdeckung der Gebühreneinnahmen führen wird. Die Stadt muss aber per Gesetz kostendeckend kalkulieren. In der Konsequenz bleibt nach aktueller Rechtslage den Städten nichts anderes übrig, als die Differenz von den Patientinnen und Patienten einzufordern.

Die derzeitige Situation führt zu einer erheblichen Verunsicherung bei den Bürgerinnen und Bürgern, die schnellstens beseitigt werden muss. Niemand darf Angst davor haben bei akuten medizinischen Notfällen den Rettungsdienst zu alarmieren, weil eine erhebliche finanzielle Eigenbeteiligung droht.

Wer Krankenkassenbeiträge zahlt, muss auch künftig darauf vertrauen können, im Notfall ohne finanzielle Mehrbelastung medizinisch versorgt zu werden.

Solange die Situation unklar ist, bedarf es für Härtefälle eine besondere Regelung.

Mit freundlichen Grüßen

**Frank Cerny**

SPD-Fraktionsvorsitzender

**Martin Miezal**

CDU-Fraktionsvorsitzender